

Für eine Handvoll Rubel: Die Erpressung der EU-Kommission

Um den Krieg gegen Russland zu führen, den die EU unter Ursula von der Leyen Europa aufzwingen will, braucht es viel Geld. Die Frage ist: Wer bezahlt?

6. November 2025 | Lorenzo Maria Pacini

Viel Geld

Es braucht viel Geld, um den Krieg zu führen, den die EU-Kommission unter der Leitung von Ursula von der Leyen Europa gegen Russland aufzwingen will und der für etwa 2030 geplant ist. Zuerst die Aufrüstung Europas mit 800 Milliarden Euro und dann SAFE (Security Action for Europe) mit 150 Milliarden Euro stellen eine astronomische und unerreichbare Summe für ein Europa dar, das nach dreißig Jahren ungezügelter Neoliberalismus, unkontrollierter Spekulation, Lobbyismus, der Einführung des Euro und tickenden Zeitbomben ausgelaugt ist.

Die Frage ist: Wer bezahlt das?

Das ist eine Menge Geld. Die EU erhöht den Druck auf europäische Regierungen, die keine Finanzhilfen für die Ukraine akzeptieren wollen, indem sie ihnen mit einer verabscheuungswürdigen Erpressung droht, wonach sie für den Wiederaufbau des Landes aufkommen müssen. Kiew will zunächst einmal einen Kredit in Höhe von 140 Milliarden Euro und hat nicht die Absicht, es dabei zu belassen. Wie soll das zurückgezahlt werden? Das ist unklar, aber auch nicht wichtig: Jetzt ist es an der Zeit, dass die europäischen Regierungen zahlen, und sie können es sich nicht leisten, sich den Diktaten Brüssels zu widersetzen.

Nachdem die Idee, in Europa eingefrorene russische Gelder zu verwenden, abgelehnt wurde, muss eine Alternative gefunden werden. Die verschwenderischsten Länder wie Italien und Frankreich sind zu hoch verschuldet; die sparsamsten Länder wie Deutschland und die Niederlande zögern, weitere Schulden aufzunehmen; Belgien und andere Länder, die sich gegen die Verwendung russischer Gelder aussprechen, könnten durch die Alternative eines gemeinsamen Kredits überzeugt werden.

Das gemeinsame Darlehen der EU funktioniert ebenso wie das neue [SAFE](#)-Verteidigungsprogramm über die Ausgabe von Anleihen durch die EU-Kommission, die auf den Finanzmärkten Mittel beschafft und diese dann den begünstigten Mitgliedstaaten in Form von langfristigen Darlehen zu günstigen Konditionen gewährt. Diese Darlehen werden auf Antrag und auf der Grundlage nationaler Pläne gewährt und sind an die Durchführung gemeinsamer Beschaffungsmaßnahmen zur Kostensenkung geknüpft, wobei die Möglichkeit besteht, dass die Beschaffung für einen begrenzten Zeitraum von einem einzelnen Staat durchgeführt wird. Ein Beispiel ist [NextGenerationEU](#), das 750 Milliarden Euro für die wirtschaftliche Erholung bereitgestellt hat, teilweise in Form von Darlehen an Mitgliedstaaten, die bestimmte Ziele erreichen.

Okay, nehmen wir all diese Kreditstrategien einmal hin... Aber wer bezahlt das am Ende? Wir sprechen hier von etwa 950 Milliarden Euro, die in wenigen Monaten aufgebracht werden müssen, um Europa gegen Russland aufzurüsten. Mal im Ernst, wo glauben sie, dass sie das Geld herbekommen? Es gibt nur eine logische Erklärung: aus den Bankkonten der Bürger.

Ein Wettlauf gegen die Zeit

Die EU befindet sich derzeit in einem Wettlauf gegen die Zeit an zwei Fronten. Einerseits droht der Ukraine bis Ende März das Geld auszugehen, andererseits könnte jede Entscheidung deutlich komplexer werden, da Ungarn versucht, sich mit der Tschechischen Republik und der Slowakei zu verbünden, um einen Block zu bilden, der Kiew skeptisch gegenübersteht. Allgemein herrscht die Auffassung, dass dies der entscheidende Moment ist.

Infolgedessen vollführen die Beamten der EU-Kommission einen heiklen Balanceakt, um den Vermögensplan zu verabschieden, nicht zuletzt, weil bei einem Scheitern die Täuschung der Euro-Manie so offensichtlich wäre, dass niemand mehr an diese Täuschung glauben würde.

Obwohl der belgische Premierminister Alexander De Wever seine Kollegen auf dem jüngsten EU-Gipfel davor gewarnt hat, dass die Kommission die Komplexität der Verwendung russischer Gelder und die möglichen rechtlichen Auswirkungen für Belgien unterschätzt habe, geht Brüssel davon aus, dass sein Widerstand nicht über Dezember hinaus andauern wird, wenn sich die Staats- und Regierungschefs erneut treffen.

Das durch russische Vermögenswerte besicherte Darlehen scheint die einzig plausible Option zu sein ... aber wir sprechen hier von 140 Milliarden Euro. Woher sollen die restlichen 810 Milliarden Euro kommen? Die Mathematik ist in Brüssel nicht mehr zu Hause.

Viele EU-Länder haben sich lange gegen die Ausgabe von Eurobonds gewehrt und argumentiert, dass sie nicht für die Schulden anderer und für Regierungen, die ihre Finanzen nicht ordnungsgemäß verwalten können, aufkommen wollen. Es trifft nach wie vor zu, dass dieser Widerstand im Dreijahreszeitraum 2020-2023 nachgelassen hat und viele Regierungen sich bereit erklärt haben, gemeinsame Schulden aufzunehmen, um den Kriegsfonds zu finanzieren, der ihrer Aussage nach dazu dienen soll, die Wirtschaft der Union wieder anzukurbeln, die kurz darauf in einem Konflikt zerstört werden könnte.

Seitdem hat Brüssel einen Teil der Schulden weiter vergemeinschaftet, um verschiedene Initiativen zu finanzieren, darunter eine Reihe von Krediten, die europäischen Hauptstädten helfen sollen, Militärverträge gegen Russland zu gewinnen. Trotzdem ist der Widerstand gegen den umfangreichen Einsatz dieses Instruments nach wie vor weit verbreitet.

Eine weitere Option, eine Art „dritter Weg“, besteht darin, russische Vermögenswerte im Wert von rund 25 Milliarden Euro in anderen Mitgliedstaaten aufzuspüren. Dieser Prozess würde jedoch länger dauern, als es sich die Ukraine leisten kann, was den Eindruck erweckt, dass Europa an Schwung verliert.

Die rechtlichen und menschlichen Kosten

Der Großteil der eingefrorenen Vermögenswerte wird von Euroclear verwahrt, einer Finanzverwahrstelle mit Sitz in Belgien, wodurch das Land erheblichen rechtlichen und finanziellen Risiken

ausgesetzt ist. Nach Ansicht der Kommission sind die Risiken für Belgien jedoch begrenzt: Die eingefrorenen 140 Milliarden Euro würden nur dann an Russland zurückgegeben, wenn der Kreml den Krieg beenden und die Ukraine entschädigen würde, was als äußerst unwahrscheinlich gilt. Brüssel versteht jedoch die Bedenken Brüssels (in diesem Fall der belgischen Regierung), die eine Welle von Rechtsstreitigkeiten seitens Russlands befürchtet, nicht zuletzt weil Belgien 1989 ein bilaterales Investitionsabkommen mit Moskau unterzeichnet hat.

Es gibt jedoch auch rechtliche Risiken, die nicht unterschätzt werden dürfen.

In erster Linie geht es hier um Eigentumsrechte und internationales Recht. Russland (bzw. seine Zentralbank) wird argumentieren, dass die Vermögenswerte weiterhin sein souveränes Eigentum sind und dass jeder Versuch, sie zu nutzen, selbst als Sicherheit, gegen internationales Recht oder bilaterale Verträge verstoßen und zu Rechtsstreitigkeiten führen würde. Die Staats- und Regierungschefs der EU haben diese Idee als „Verwertung“ oder „Immobilisierung“ von Vermögenswerten und nicht als Beschlagnahme bezeichnet, aber dieser Rechtsrahmen wird vor nationalen und internationalen Gerichten auf den Prüfstand gestellt werden.

Dann ist da noch die Frage der Gerichtsbarkeit. Die EU-Kommission kann Instrumente vorschlagen, aber die Mitgliedstaaten müssen sich über die Umsetzung einigen, und einige Teile der außenpolitischen Sanktionen erfordern nach wie vor Einstimmigkeit oder komplexe vertragliche Umgehungslösungen. Die Rolle von Euroclear wirft besondere nationale rechtliche Risiken auf: Belgien hat eine Risikoteilung durch die EU gefordert, da sich die meisten Vermögenswerte in seiner Gerichtsbarkeit befinden. Diese politischen und rechtlichen Verhandlungen deuten auf ungelöste Fragen hinsichtlich der Haftung und der Frage hin, wer letztendlich die Garantien unterzeichnet.

Auch die vertragliche Dimension ist schwierig. Die Vorschläge zielen darauf ab, Kredite gegen Zinsen oder Barguthaben zu gewähren oder den Kredit zu einem Zinssatz von null Prozent durch einen privaten oder supranationalen Vermittler (Euroclear, die Kommission oder eine Zweckgesellschaft) auszugeben, während das formelle Eigentum an den Vermögenswerten erhalten bleibt. Diese strukturelle Kreativität soll das Risiko von Enteignungsklagen verringern, aber Gerichte betrachten eher den Inhalt als die Form: Wenn sich die wirtschaftliche Kontrolle geändert hat, könnten Enteignungsklagen erfolgreich sein. Expertenanalysen warnen, dass dies eine rechtliche Neuerung ist und angefochten werden könnte.

Wenn wir uns dann den Fragen der Rechnungslegung zuwenden, gibt es Probleme: Die Kommission sucht nach Möglichkeiten, Garantien aus der Berechnung der Defizite und Schulden der Mitgliedstaaten (Eurostat, rechnungsrechtliche Behandlung) auszuschließen, damit das Programm die öffentlichen Defizite nicht sofort verschlechtert. Dies hängt jedoch von den technischen Entscheidungen von Eurostat und der genauen Rechtsform der Garantien ab: Wenn die Garantien kündbar sind oder im Wesentlichen ein Transferrisiko darstellen, könnten die nationalen Haushalte zu einem späteren Zeitpunkt betroffen sein.

Wer trägt also die rechtliche Last? Die Mitgliedstaaten gemeinsam, Belgien oder Euroclear?

Wenn wir schon bei den Ausgaben sind, sprechen wir auch über die Kosten: Wenn die Kreditgarantien in Anspruch genommen werden oder wenn Rechtsstreitigkeiten eine Entschädigung erfordern, könnten die nationalen Finanzministerien zum Eingreifen aufgefordert werden. Selbst wenn Eurostat die Garantien zunächst aus den Defizitdaten herausrechnet, würden künftige Zahlungen durch

Steuern, Ausgabenkürzungen oder eine Erhöhung des öffentlichen Schuldendienstes finanziert, also durch Kosten, die von den Bürgern getragen werden. Berichte von Reuters und der EU zeigen, dass die Mitgliedstaaten versuchen, unmittelbare Auswirkungen auf die Rechnungslegung zu vermeiden, nicht jedoch das zugrunde liegende wirtschaftliche Risiko.

Es ist mit jahrelangen komplexen internationalen Rechtsstreitigkeiten (und kostspieligen Rechtsverteidigungen) seitens Russlands oder privater Gläubiger zu rechnen: Die Steuerzahler werden für die Anwaltskosten und mögliche Vergleichszahlungen aufkommen müssen. Gerichte könnten in Fällen von Enteignung Schadenersatz zusprechen oder Rückerstattungen anordnen. Die Verwendung hochkarätiger Reserven als Sicherheiten birgt die Gefahr, das Vertrauen in die Unantastbarkeit der Reserven und der europäischen Finanzparadiese zu untergraben. Dies könnte die Finanzierungskosten für Regierungen und Unternehmen erhöhen und indirekt zu einem Anstieg der Hypotheken- und Kreditzinsen für Haushalte führen.

Sicher ist, dass die für Militärausgaben, Garantien und Rechtsstreitigkeiten bereitgestellten Mittel öffentliche Gelder aus den Bereichen Gesundheitswesen, Bildung und Infrastruktur abziehen. Kleinere Staaten könnten die Hauptlast tragen, wenn die Risikoteilung unvollkommen ist; die Verteilungseffekte würden sich ungleichmäßig auf die Bevölkerung der EU auswirken.

Was wäre, wenn Russland ebenso harte Vergeltungsmaßnahmen ergreifen wollte?

Aus rechtlicher Sicht versucht das Konzept der Darlehens-Reparation einen Ausgleich zu schaffen: Es sieht umfangreiche Finanzhilfen für die Ukraine vor, vermeidet jedoch die formelle Beschlagnahme russischer Staatsvermögen. Diese ‚kreative‘ Lösung verringert zwar die anfänglichen finanziellen Auswirkungen, birgt jedoch potenzielle Verbindlichkeiten, das Risiko von Rechtsstreitigkeiten, Reputationsrisiken für den Euro und mögliche indirekte wirtschaftliche Kosten für europäische Haushalte. Die Höhe dieser Kosten wird von der endgültigen rechtlichen Architektur abhängen, aber es steht bereits fest, dass angesichts der Unmöglichkeit für die europäischen Länder, die wahnsinnigen Unsummen der Wiederaufrüstung zu schultern, die armen Bürger diese Kosten tragen werden.